

Altenpflege

Gute Versorgung braucht qualifiziertes Pflegepersonal

AKTUELLES GUTACHTEN

von Stefan Greß und Klaus Stegmüller

Steigende Anforderungen – steigende Belastungen

Der Druck auf die Beschäftigten in Pflegeheimen steigt – und zwar massiv. Das hat vielfältige Gründe: Die Anzahl der Pflegebedürftigen wächst, besonders die mit eingeschränkter Alltagskompetenz. Die Verweildauern im Krankenhaus und die Aufenthaltsdauern in Pflegeeinrichtungen sind gesunken. Und kurze Krankenhausaufenthalte ziehen zunehmend Behandlungs- und Kurzzeitpflege nach sich.

Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Pflegebedürftigen, die stationär versorgt werden, auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter deutlich steigen wird. Hierzu trägt indirekt auch der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff bei. Er wird kurz- bis mittelfristig die Versorgung etwa von Demenzerkrankten deutlich ausweiten.

Gemessen an diesen Herausforderungen war die Aufstockung von Pflegepersonal bislang unzureichend. Das stellt ein von ver.di in Auftrag gegebenes Gutachten der Professoren

Stefan Greß und Klaus Stegmüller der Hochschule Fulda fest. Der gestiegene Pflegebedarf wurde nur teilweise aufgefangen, wobei der Betreuungsschlüssel Pflegebedürftige – Pflegekraft sich sogar verschlechtert hat. Hinzu kommt, dass weniger Pflegefachkräfte im Einsatz sind. Die Folge: steigende Belastungen für die Beschäftigten und Gefahren für die Pflegequalität in Pflegeheimen.

Die starke Belastung des Personals spiegelt sich in einer hohen Fluktuationsrate und in häufigen psychischen Erkrankungen der Beschäftigten wider.

Gesetzliche Personalbemessung kann zu besserer Pflegequalität führen

Studien aus den USA zu gesetzlicher Personalbemessung zeigen: Vor allem die Neueinstellung von Pflegefachkräften verbessert die Pflegequalität. Es besteht jedoch die Gefahr, dass deutsche Einrichtungen vor allem in die Neueinstellung von Pflegehilfskräften investieren – damit ließen sich die Mindeststandards schnell erfüllen. Mit einer fachlich hochwertigen Versorgung hat das aber nichts zu tun. Dafür braucht es eine angemessene Fachkraftquote und eine hinreichende Finanzierung der Einrichtungen. Beides ist nicht zum Nulltarif zu haben. Im Teilkostensystem müssten sowohl die Versicherungsträger als auch die Träger der Sozialhilfe und die Pflegebedürftigen künftig mehr zur Finanzierung einer angemessenen Personalausstattung beitragen.

Die Entwicklung der Mindeststandards zur Personalbemessung in den USA ist aus Sicht der Gutachter vorbildhaft. Die Mindeststandards beruhen auf der Auswertung umfangreichen Datenmaterials zum Zusammenhang von Personalausstattung und Pflegequalität. Dass in einzelnen US-amerikanischen Bundesstaaten in der Umsetzung die realen Mindeststandards teils deutlich unter den Empfehlungen liegen, dürfte politisch und finanziell begründet sein. Die wissenschaftlichen Standards müssen daher in Deutschland besser umgesetzt werden.



Gesundheit, Soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Die gesetzlichen Vorgaben zur Personalbemessung reichen nicht aus

Die Gutachter begrüßen, dass der deutsche Gesetzgeber mit dem Pflegestärkungsgesetz II (PSG II) erstmals ein wissenschaftlich begründetes Verfahren zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen entwickelt und erproben lassen will. Die derzeitigen Regelungen sind völlig ungenügend. Die Entwicklung eines wissenschaftlich erprobten Verfahrens allein wird jedoch weder die Personalausstattung in den Einrichtungen noch die Pflegequalität verbessern.

Dazu ist mehr nötig:

- Erstens müssten die zuständigen Behörden in den Bundesländern verpflichtet werden, den angestrebten Personalbedarf auch zu überwachen und ein Unterschreiten zu sanktionieren.
- Zweitens müssten die Pflegesatzverhandlungen zwischen Einrichtungen und Kostenträgern verbesserte Personalstandards berücksichtigen.
- Und drittens kann nur eine einheitliche bundesweite Umsetzung einen »Flickenteppich« von landesgesetzlichen Regelungen verhindern.

Umwandlung des Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds

Ein großes Problem ist: Selbst wenn man es fristgerecht entwickelte, würde ein System zur Personalbemessung erst am 30. Juni 2020 vorliegen. Dieser lange Übergangszeitraum ist bei der angespannten Situation in den Pflegeeinrichtungen für Pflegekräfte und Pflegebedürftige nicht erträglich. Daher schlagen die Autoren der Studie vor, den mit dem Pflegestärkungsgesetz I eingerichteten Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds umzuwidmen.

Dieser Pflegepersonalfonds soll im Übergangszeitraum den höheren Personalaufwand in der stationären Pflege finanzieren – vorausgesetzt, die Einrichtungen erfüllen die in der Heimpersonalverordnung geforderte Fachkraftquote von 50 Prozent. Nach der Einführung einer Personalbemessung kann der

Pflegepersonalfonds andere Aufgaben übernehmen. Auch nach Juni 2020 wird das Personal in der Pflege sicher weiter ausgebaut werden müssen. Dies könnte der Fonds zumindest in Teilen auffangen. Seine Mittel sollten dann vor allem die Eigenanteile der Pflegebedürftigen senken.

Die Einrichtung des Pflegepersonalfonds wäre ein deutliches Signal. Ein Signal, dass unsere Gesellschaft einer hinreichenden Personalausstattung in Pflegeheimen eine hohe Bedeutung einräumt. Und die Einrichtung des Pflegepersonalfonds würde den Trägern von Pflegeeinrichtungen mehr finanziellen Spielraum geben, die Gehälter in der stationären Pflege verbessern zu können. Beides dürfte den Pflegeberuf auch wieder attraktiver machen.

Die ver.di-Forderungen

- Gute Pflege gibt es nur mit qualifiziertem Personal.
- Der Flickenteppich muss weg: Eine bundeseinheitliche Personalbemessung in der Altenpflege muss sich am Bedarf der Pflegebedürftigen orientieren.
- Dem neuen umfangreicheren Pflegebedürftigkeitsbegriff muss auch eine angemessene personelle Ausstattung der Pflegeeinrichtungen folgen.
- ver.di unterstützt die Einführung der Bürger/innenversicherung und fordert die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zur Pflegevollversicherung. Denn bei der Finanzierung der Pflegeversicherung muss es gerecht zugehen.



Mehr Informationen unter:
www.gesundheitspolitik.verdi.de

Das Gutachten ist abrufbar unter:
www.bit.ly/GePeAI